

Counter-Islamophobia Kit

Key National Messages - Germany

Dr Luis Manuel Hernández Aguilar

September 2018

Countering Islamophobia through the Development of Best Practice in the use of Counter-Narratives in EU Member States.

CIK Project (Counter Islamophobia Kit)

Dr Luis Manuel Hernández Aguilar

Key National Messages – Germany

CERS, 2018

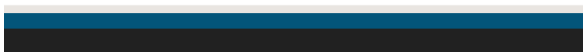
This publication has been produced with the financial support of the Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme of the European Union. The contents of this publication are the sole responsibility of Dr Luis Manuel Hernández Aguilar and can in no way be taken to reflect the views of the European Commission



Co-funded by the Rights, Equality and Citizenship (REC) Programme of the European Union



Counter-Islamophobia Kit



About the CIK Project

The *Countering Islamophobia through the Development of Best Practice in the use of Counter-Narratives in EU Member States* (Counter Islamophobia Kit, CIK) project addresses the need for a deeper understanding and awareness of the range and operation of counter-narratives to anti-Muslim hatred across the EU, and the extent to which these counter-narratives impact and engage with those hostile narratives. It is led by Professor Ian Law and a research team based at the Centre for Ethnicity and Racism Studies, School of Sociology and Social Policy, University of Leeds, UK. This international project also includes research teams from the Islamic Human Rights Commission, based in London, and universities in Leeds, Athens, Liège, Budapest, Prague and Lisbon/Coimbra. This project runs from January 2017 - December 2018.

About the Paper

This paper is an output from the third workstream of the project which was centred on describe the key national messages pertaining to Islamophobia and countering-Islamophobia in each context considered in the framework of this project: Belgium, Czech Republic, France, Germany, Greece, Hungary, Portugal and United Kingdom. The key national messages, findings and toolkit, the Counter-Islamophobia Kit (CIK) will be disseminated to policy makers, professionals and practitioners both across the EU and to member/regional audiences using a range of mediums and activities.

©CIK

The CIK consortium holds copyright for the papers published under the auspices of this project. Reproduction in whole or in part of this text is allowed for research and educational purposes with appropriate citation and acknowledgement

Centre for Ethnicity and Racism Studies, 2018.

University of Leeds, Woodhouse Lane, Leeds, LS2 9JT, UK.

cik@leeds.ac.uk

www.cik.leeds.ac.uk

Key National Messages Deutschland

Luis Manuel Hernández Aguilar

Executive Summary

- Vor dem Hintergrund sich verschärfender Gewalttaten gegen Muslim*innen, Moscheen, Moscheeverbände, geflüchtete Menschen und Flüchtlingsunterkünfte besteht die dringende Notwendigkeit diese durch die Entwicklung und Anwendung von Policies, Programmen, politische Interventionen und Polizeischutz zu schützen. Diese Aufgabe fällt in die Pflichten des deutschen Staates, wie sie das Grundgesetz vorsieht. Zum Beispiel haben sich Risikobewertungsmechanismen und Perimeterschutz als unterstützende Maßnahmen erwiesen, um Synagogen vor antisemitischen Angriffen zu schützen.¹
- Darüber hinaus muss Islamphobie als eine Form von Rassismus anerkannt werden, die die deutsche Gesellschaft durchdringt. Auf diese Anerkennung sollten Maßnahmen folgen, die die vielfältigen Erscheinungsformen dieses Phänomens in Gesetzgebung, Mediendarstellungen, Arbeitsmarkt, Bildung und Wohnungswesen verhindern und dem zuvorkommen.
- Eine der am weitesten verbreiteten Formen geschlechtsspezifischer Islamophobie betrifft ihre Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt. Muslimische Frauen, die Kopftücher trugen, waren besonders anfällig für diskriminierende Praktiken und hatten keinen Zugang zu Arbeitsstellen im öffentlichen und privaten Sektor. Das derzeitige Kopftuchverbot in einigen Bundesländern - trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts als verfassungswidrig - sollte aufgehoben werden. In ähnlicher Weise sollte der Paragraph 9 des Gleichbehandlungsgesetzes, der es christlichen Kirchen erlaubt, aus Gründen der Religion oder der sexuellen Orientierung im privaten Sektor zu diskriminieren, aufgehoben werden.

¹ Amnesty International, 2016. *Living in Insecurity, How Germany is Failing Victims of Racist Violence*, London: Amnesty International Ltd; Lewicki, A., 2017. 'Islamophobia in Germany, National Report 2016'. In E. Bayrakli & F. Hafez, eds. *European Islamophobia Report 2016*. Istanbul: SETA, pp. 215–236.

- Aufgrund des durchdringenden Charakters der Islamophobie und ihrer entmenschlichenden Auswirkungen auf Muslim*innen sollten Räume für Muslim*innen, in denen sie unter anderem aktiv werden, sich politisch engagieren und künstlerische Ausdrucksformen entwickeln können, gegründet und gefördert werden. Kunst kann ein wirkmächtiges Medium sein, um Einfühlungsvermögen zu schaffen, Muslim*innen zu verstehen und zu vermenschlichen, indem sie ihre gelebten Erfahrungen hervorbringen.
- Eine weitere wichtige Aufgabe bei der Bekämpfung von Islamophobie ist der Aufbau von Bündnissen und Solidarität mit anderen Gruppen, die von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind. Diese Maßnahmen können nicht nur zur Schaffung von Kooperationsplattformen gegen Rassendiskriminierung beitragen, sondern auch zum Aufbau einer pluralen und gerechteren Gesellschaft beitragen, in der Islamophobie und andere Formen des Rassismus keine Normalität darstellt, die akzeptiert werden muss.

Islamophobische Narrative in Deutschland

Die Bundestagswahlen 2017 und die Positionierung der rechtsextremen Anti-Islam- und Anti-Flüchtlings-Partei Alternative für Deutschland (AfD) als dritte politische Kraft und große Oppositionspartei haben der deutschen Gesellschaft gezeigt, was viele Muslim*innen seit Jahrzehnten erleben: Islamophobie ist tief in der deutschen Gesellschaft verwurzelt und hat sich zu einem rassistisch inspirierten und politischen Kapital entwickelt.

Eines der strukturellen und historischen Probleme im Umgang mit der Existenz und Ausbreitung von Islamophobie in Deutschland betrifft den seit langem bestehenden Mythos des Landes als post-racial Gesellschaft. Paradoxiertweise hat diese Idee rassistische Vorstellungen davon bis heute bewahrt, wer Deutsche*r ist und, wer der Nation angehört, während gleichzeitig die Verordnung von Policies und Programmen ausgeschlossen wird und somit Diskussionen zurücklässt, in denen davon die Rede ist islamophobe Praktiken zu verhindern und zu unterbinden. Diese Praktiken meinen Diskriminierung gegen Muslim*innen in Schulen, auf dem Arbeitsmarkt und in staatlichen Einrichtungen sowie auch Gewalttaten gegen Individuen und Gebäude, die als islamisch identifiziert werden.

Erst 2017 begann die deutsche Regierung, Statistiken über Hassdelikte zu sammeln, die durch Islamfeindlichkeit motiviert waren. Die zusammengefassten Zahlen der vier vom Bundestag gemeldeten Quartale belaufen sich auf 804 Verbrechen (46 Angriffe auf Moscheen und 758 islamfeindliche Verbrechen).²

Diese Ziffern geben Aufschluss über zwei miteinander verknüpfte Themen. Erstens zeigen sie die bedauernswerten verbreiteten islamophoben Straftaten im ganzen Land. Und zweitens decken sie die verspätete und immer noch insuffiziente Aufmerksamkeit und Reaktion der deutschen Regierung in Bezug auf eine Realität auf, die sich weit früher als 2017, abspielt.

Diese Zahlen beinhalten auch nicht die grassierende und allgegenwärtige rassistische Gewalt gegenüber Flüchtling*innen, Flüchtlingsunterkünften und Arbeiter*innen, die oft mit islamfeindlichem Hass verflochten und begründet ist. Darüber hinaus neigen Muslim*innen in Deutschland dazu, Diskriminierungserfahrungen aus verschiedenen Gründen nicht zu melden:

² Deutscher Bundestag, 2017. Drucksache 18/12535; Deutscher Bundestag, 2017. Drucksache 18/13330; Deutscher Bundestag, 2017. Drucksache 19/148; Deutscher Bundestag, 2018. Drucksache 19/987.

Meistens wurden ihre Diskriminierungserfahrungen abgelehnt und nicht ernst genommen, was dazu führen könnte, dass Islamophobie als Teil ihrer Realität akzeptiert wird.

Zusammenfassend und vor diesem Hintergrund hat eine der wichtigsten Gegennarrative zur Islamophobie in Deutschland darin bestanden, Islamophobie als eine wichtige rassistische Inhaltsstruktur aufzudecken und deren Einfluss in Institutionen und institutionelle Praktiken. dies wird deutlich in den Wahrnehmungen über Muslim*innen und den Islam, wie sie in den Medien darstellen sind, Praktiken, die den Zugang von Muslim*innen zum Arbeitsmarkt blockieren, diskriminierenden Praktiken in Schulen, Universitäten und der Bereitstellung von Gesundheitsdiensten.

Trotz der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Jahr 2015, das Kopftuchverbot für Beamtinnen für verfassungswidrig zu erklären, behielten einige Bundesländer noch immer dieses diskriminierende Gesetz bei, das den Zugang muslimischer Frauen zu diesen Positionen untersagte. Nicht nur diese diskriminierende Gesetzgebung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Erwartungen muslimischer Frauen gehabt, sondern sie hat auch die Diskriminierung von muslimischen Frauen in der Privatwirtschaft erweitert und Anreize geschaffen.

Die Auswirkungen von Islamophobie und deren Verzahnung mit der Ungleichheit der Geschlechter bei muslimischen Frauen und muslimischen Frauen, die Kopftücher tragen, sind eine der dringendsten Aufgaben im Kampf gegen islamfeindlichen Hass und seine Auswirkungen. Nicht nur die Aussichten eine Beamtin zu werden, sind seit mehr als einem Jahrzehnt blockiert und nicht absehbar in allzu ferner Zukunft, sondern stehen muslimische Frauen auch routinemäßig der täglichen Gewalt und Beleidigungen, Diskriminierung an Schulen und Universitäten, auf dem Arbeits- und Wohnmarkt gegenüber. Alle diese diskriminierenden Effekte sind jetzt gut dokumentiert, so dass es keinen Zweifel darüber gibt, dass in Deutschland Islamophobie auf Strukturen trifft, die diese nährt. Ironischerweise sind islamfeindliche Erzählungen hartnäckig darin muslimische Frauen als Opfer des Islams, ihrer Familien und Gemeinschaften sowie von muslimischen Männern zu präsentieren, aber die islamophobischen Einstellungen und Vorstellungen der deutschen Gesellschaft, des Staates und seiner Institutionen wirken in erster Linie und tiefgreifend im Leben muslimischer Frauen und ihrer Möglichkeiten.

Darüber hinaus wird die Diskriminierung von muslimischen Frauen im Besonderen und Muslim*innen im privaten Sektor durch die gesetzliche Bestimmung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) verschärft, die es christlichen Kirchen erlaubt, aufgrund ihrer Religion oder sexuellen Orientierung zu diskriminieren. Die Aufhebung des Kopftuchverbots und der gesetzlichen Bestimmungen, die eine Diskriminierung aufgrund der ersten Antidiskriminierungsgesetze in Deutschland ermöglichen, sind dringend notwendige Schritte, um den Auswirkungen von Islamophobie auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Scheinbar wird das Verschwinden dieser diskriminierenden Gesetzgebung eine positive Maßnahme auf dem noch immer langen Weg sein, die Architektur der Islamophobie in Deutschland zu demontieren.

Dominierende Narrative von Islamophobie in Deutschland

Der erste Workstream des Forschungsprojekts „Countering Islamophobia Through the Development of Best Practice in the Use of Counter-Narratives in EU Member States“ arbeitete die 10 dominantesten islamophobischen Narrative in Deutschland aus. Einige dieser Erzählungen haben eine größere Spur innerhalb des deutschen Rahmens, wie die Konstruktion, die Muslim*innen als gewalttätig ansieht. Einige andere Erzählungen zielen nicht nur auf Muslim*innen ab, sondern auch auf Migrant*innen, geflüchtete Menschen und Subjekte, die außerhalb der Grenzen des „Deutschseins“ stehen, wie das rassistisch aufgeladene Konstrukt der „Parallelgesellschaft“ oder die Unterscheidung zwischen „Deutschen“ und „Nicht-Deutschen“.

Eine allumfassende und unangefochtene islamophobe Erzählung bezieht sich auf die mangelnde Integration von Muslim*innen. Hier wird Integration als staatlich geleitete Form des Social Engineering dargestellt und eingesetzt, wodurch eine defizitäre und problematische muslimische Subjektivität reformiert und auf die deutsche Kultur abgestimmt werden kann. Auf der Basisebene stellt der Integrationsdiskurs Muslim*innen als Subjekte dar, die aufgrund gewisser „Defizite“ in Bezug auf historische Entwicklung, Kultur, Werte und Einstellungen noch nicht dazu bereit sind, in die deutsche Nation aufgenommen zu werden.

Der Diskurs über Integration in seiner verschlungenen Verflechtung mit anderen Diskursen wie muslimischer Ungleichheit der Geschlechter, Terrorismus, Antisemitismus und

Homophobie fungiert als diskursiver Grund dafür, dass Muslim*innen im Hinblick auf rassistische Charakterisierungen anders als Deutsche konstruiert werden und vermeintlich unterscheidbar sind gegensätzliche Werte, Ideen, Normen und Verständnis von Religion und Politik.

Ebenso wurde der Integrationsdiskurs auf (vorgestellte) räumliche Begriffe angewendet. „Selbst-segregierte“ ethno-religiöse Orte, die als „Parallelgesellschaften“ bekannt sind, fungierten als das Theater, in dem Muslim*innen nicht nur unter ihren eigenen - und archaischen - Regeln leben, sondern diese Enklaven wurden auch als Boden der Radikalisierung, des Extremismus und des Terrorismus angesehen.

Zusammengenommen haben diese Narrativen die rechten Verschwörungstheorien, d. h., die Islamisierung Deutschlands und Europas, in Mainstream-Politik und Medieninhalte verwandelt. Durch die Wiederverwertung antisemitischer Tropen und die Kombination mit Rassenstereotypen und emotionalen Appellen von Wut, Frustration und Angst ist die sogenannte Islamisierung Deutschlands ein mächtiges Instrument, das Muslim*innen und den Islam als bedrohliche und gerissene Feinde darstellt, die versuchen „westliche“ Werte zu zerstören, während sie diese zeitgleich durch islamische zu ersetzen intendieren. Dies ist eine Geschichte von Hass, der in den letzten Jahren extrem popularisiert wurde, und die Bedingungen für das Auftreten organisierter politischer Gruppen von islamfeindlichem Hass schuf.

Der Aufstieg und die Ausbreitung politischer Bewegungen wie der *Patriotischen Europäer Gegen die Islamisierung des Abendlandes* (PEGIDA) stellen gerade die Stärkung und Materialisierung rassistischer Verschwörungstheorien des Hasses gegen Muslim*innen und geflüchtete Menschen dar. PEGIDA und seine Ableger in ganz Deutschland und Europa stellen den Einsatz von Islamophobie als Einschüchterungspraxis dar, deren Begründung und „Erfolg“ in jüngster Zeit von der AfD übernommen wurde.

Empirische Studien haben gezeigt, dass Narrative von islamfeindlichem Hass negative Einstellungen und Ansichten zu Islam und Muslim*innen in bedeutenden Teilen der Bevölkerung haben. Darüber hinaus hat Islamophobie als rassistischer Inhalt und Praxis nachteilige Auswirkungen auf die allgemeine Lebensgrundlage der Muslim*innen in dem Land gehabt; von alltäglicher Gewalt, Mikroaggressionen, diskriminierenden Praktiken in Schulen, dem Zugang zum Arbeitsmarkt, der Suche nach einem Aufenthaltsort, der Bereitstellung von

Gesundheitsdiensten und dem Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung zu verschiedenen diskriminierenden Gesetzen und Vorschriften wie der Prüfung der Staatsbürgerschaft von „Muslim*innen“, das national vielfältige Verbot von Kopftüchern und bis hin zur ungleichen Haltung islamischer Organisationen gegenüber von christlichen Kirchen.

Alles in allem hat die Islamophobie in Deutschland den Blick in die deutsche Gesellschaft und in politische Institutionen eingebettet, die Muslim*innen als nicht „natürlichen“ Teil der deutschen Gesellschaft betrachten, sondern eher als defizitäre ausländische Subjekte wahrnehmen, die noch nicht integriert sind. Nichtsdestoweniger steht dieses Konstrukt in stärkerem Zusammenhang mit den rassistischen Prägungen, in denen die „deutsche Identität“ konstruiert und definiert wird mithilfe von jedem „objektiven“ Maß der Integration, das die Muslim*innen mit der Last der Integration belastet und gleichzeitig die höchst diskriminierenden institutionellen und privaten Strukturen verdeckt, die beispielsweise Muslim*innen aus der deutschen Gesellschaft ausschließen und Muslim*innen dafür verurteilt, dass sie sich in „Parallelgesellschaften“ trennen, während das bloße Finden eines Hauses zum Wohnen in einem Umfeld von Hass äußerst mühsam sein könnte. Dieser konstruierte Sinn für Unterschiede hat die Ablenkung von Problemen bewirkt, die die gesamte deutsche Gesellschaft durchdringen, indem sie beispielsweise Gewalt, Ungleichheit der Geschlechter, Antisemitismus, Homophobie und „abweichende“ Sexualität nur Muslim*innen anlasten. Der vorherrschende Diskurs, der Muslim*innen mit dem Terrorismus verbindet, hat zudem eine Politik der Angst und des Misstrauens in der Gesellschaft geschaffen, aber auch in konkreten Institutionen materialisiert.

Gegennarrativen zu Islamophobie in Deutschland

Angesichts der Tatsache, dass Islamophobie als strukturelle Form des Rassismus in der deutschen Gesellschaft nicht ernst genommen wird, war es eine der wichtigsten Aufgaben, die Islamophobie sichtbar zu machen. Das Leugnen und Vermindern von Diskriminierungserfahrungen, die von Islamophobie beeinflusst werden, kann als ein Effekt islamophober Erzählungen gesehen werden, die diese Realitäten herunterspielen oder die Muslim*innen belasten und die „Probleme“, die sie angeblich als Ursachen von Diskriminierung darstellen.

Die Verbreitung der Inhalte und die Verbreitung von islamophobischen Erzählungen und Praktiken umfasst darüber hinaus verschiedene Ebenen wie das Sammeln von Statistiken

über islamfeindliche Vorfälle, das Verständnis des Phänomens, seine historischen und kontextuellen Wurzeln und die Vermessung seines weitverbreiteten, aber auch der Nutzung von sozialen Medien. Es ist ein Mittel, Rassismuserfahrungen und die Diskriminierung von Muslimen in die öffentliche Diskussion zu katapultieren, Rassismus in einer Vielzahl von Umgebungen und Arenen zu problematisieren und damit den seit langem bestehenden Mythos Rassismus im Allgemeinen und Islamophobie im Besonderen als Randthema in der deutschen Gesellschaft zu hinterfragen. Analytisch gesehen können die drei Bereiche, die Islamophobie sichtbar machen, als komplementäre politische Interventionen gesehen werden. Erstens legitimiert und produziert akademisches Wissen ein Vokabular, um Islamophobie anzugehen, zweitens schafft das Engagement in sozialen Medien einen kraftvollen und unbestreitbaren Diskurs über die Reichweite und Auswirkungen dieser rassistischen Realität, und schließlich schafft das Sammeln von Statistiken die Bedingungen für eine zukünftige Rechenschaftspflicht.

Gegenerzählungen zu Islamophobie sind auch aufgetaucht, um die Auswirkungen von Islamophobie auf muslimische Subjektivitäten zu bewältigen und rückgängig zu machen. Gegen diese Affekte und Wirkungen sind sichere Orte als Orte der *Empowerment* ebenso von größter Bedeutung wie die Medien, um einer anderen Wirkung von Islamophobie entgegenzuwirken, nämlich deren Akzeptanz als Normalität. Prozesse der *Empowerment* waren der Schlüssel zum Versuch, nicht nur die schädlichen Auswirkungen des ständigen und unmissverständlichen Problems zu beseitigen, sondern auch Orte, die politisches und künstlerisches Engagement beherbergen. In diesem Kontext sind unterschiedliche Formen des politischen Engagements aufgetaucht, die sich entweder auf intersektionale Formen des islamischen Feminismus oder auf Plattformen zur Förderung junger Muslim*innen in der Politik konzentrieren. Diese Gegenerzählungen konfrontieren nicht nur direkt dominante islamophobe Tropen wie die konstruierte Inkompatibilität von Islam und Demokratie oder die angebliche Unterdrückung muslimischer Frauen, sondern stärken auch muslimische Subjektivitäten als politische Akteure, die ihre eigenen Erzählungen schaffen, indem sie sich selbst und mit ihren eigenen Mitteln als Muslim*innen definieren.

Kunst und kreative Ausdrucksformen können als einige der wichtigsten Medien angesehen werden, wobei Gegenerzählungen von Islamophobie das entmenschlichte muslimische Subjekt humanisieren, das durch islamophobe Erzählungen geschaffen wurde.

Diese Aufgabe ist wahrscheinlich die drängendste für die Rassifizierung, da die Entmenschlichung als ideologische Grundlage der Gewalt dient. Durch die Kombination von Humor, Empathie und Kreativität mit einer scharfen Kritik von Rassismus und Ungleichheit können Künste nicht nur islamophobe Stereotype demontieren, sondern auch eine andere und dringend benötigte Sicht auf Muslim*innen und den Islam in Deutschland bieten, der sich von rassistisch inspirierten Diskursen entfernt, die Muslim*innen als gefährliche Probleme für die Nation sehen. Darüber hinaus greifen Kunst und kreative Ausdrucksformen zu einer der effektivsten islamophoben Strategien, nämlich zu ihrem taktischen Einsatz von Emotionen, insbesondere von Angst und Hass.

Eine andere Möglichkeit, unterschiedliche Sichtweisen auf das muslimische Leben zu präsentieren, ist die Unterstreichung von Geselligkeitsprozessen (convivialität), in denen die mit Islam und Muslim*innen verbundene Sensationslust und der Skandal durch alltägliche Erfahrungen von Muslim*innen als Bestandteil der deutschen Realität ersetzt werden.

Diese Erzählung bezieht sich wiederum auf die Notwendigkeit der Präsentation wie Muslim*innen und Islam in den Medien und politischen Debatten beurteilt werden zu ändern und zu ersetzen. Sphären, in denen es eine Überbetonung gibt, alles zu erklären, was Muslim*innen denken und tun, indem sie sich an ein verzerrtes Bild der Religion halten. Auch aufgrund der Dominanz des Integrationsdiskurses, der dem muslimischen Selbst eine Reihe von Mängel und Probleme aufzwingt, sind Gegenerzählungen entstanden, die sich mit diesem Diskurs und seinen etablierten Erfordernissen beschäftigen. In diesem Sinne fordert die Gegenerzählung die mangelnde Integration von Muslim*innen heraus, indem sie das Gegenteil zeigt, nämlich, dass Muslim*innen in allen erforderlichen Dimensionen in die deutsche Gesellschaft integriert sind und, dass Muslim*innen trotz dieser Realität immer noch als Andere wahrgenommen werden und mit signifikanten Barrieren konfrontiert sind, die in der Tat das Ergebnis sozialer Strukturen sind und mit der Wahrnehmung des Islam als Bedrohung zusammenhängen.

Notwithstanding the back and forth in the legal challenge to Islamophobia, the juridical battle against discrimination informed by Islamophobia is one of the most important battlefronts not only to create a more equitable and fair society, but also as part of the formation of Muslims as political subjects.

Ungeachtet des Hin und Her in der rechtlichen Herausforderung der Islamophobie ist der rechtliche Kampf gegen Diskriminierung aufgrund von Islamophobie eine der wichtigsten Fronten, nicht nur um eine gerechtere Gesellschaft zu schaffen, sondern auch hinsichtlich der Bildung von Muslim*innen als politische Subjekte.

Über die Forschung

Die Nationale Schlüsselbotschaft für Deutschland ist eine Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse der ersten beiden Teilprojekte des von der Generaldirektion Justiz der Europäischen Kommission finanzierten Projekts „Countering Islamophobia Through the Development of Best Practice in the use of Counter-Narratives in EU Member States“.

Die vollständigen Berichte über Deutschland und die vergleichenden Berichte finden Sie in den folgenden Links oder durch Kontakt mit dem Autor (luis.hernaguilar@gmail.com).

Workstream 1: Dominant Islamophobic Narratives – Germany,

<https://cik.leeds.ac.uk/wp-content/uploads/sites/36/2017/07/2017.07.26-WS1-Germany-Final.pdf>

Workstream 2: Dominant Counter-Narratives to Islamophobia – Germany,

<https://cik.leeds.ac.uk/publications/workstream-2-dominant-counter-narratives-to-islamophobia/dominant-counter-narratives-to-islamophobia-germany-ws2/>

